

**Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)**

***Konsequenzen aus dem Scheitern der Sanierung der bremischen Haushalte***

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die mit dem Sanierungsprogramm verbundene zentrale Zielsetzung, durch höhere Investitionen die Wirtschaftskraft Bremens so zu stärken, dass aufgrund höherer Steuereinnahmen die bremischen Haushalte ausgeglichen und verfassungskonform gestaltet werden können, ist nicht erreicht worden. Diese Tatsache erfordert eine nüchterne und objektive Analyse.
2. Bremen hat große Anstrengungen unternommen, die konsumtiven Ausgaben zu begrenzen. Dennoch hat sich das strukturelle Haushaltsdefizit, das Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben im Haushalt trotz hoher Sanierungszahlungen im Kern nicht verändert. Ursächlich dafür sind auch erhebliche Steuermindereinnahmen, die als Folge von Steuerrechtsänderungen absehbar waren. Gleichwohl hat der Senat in völliger Verkennung der politischen und rechtlichen Relevanz eines so genannten Kanzlerbriefes diesen Gesetzen zugestimmt. Dafür trägt die Koalition aus SPD und CDU die alleinige Verantwortung.
3. Bremen ist zur Sicherung seiner Zukunft weiterhin auf die Hilfe von Bund und Ländern angewiesen. Voraussetzung für die Gewährung solcher Hilfen ist Offenheit und Transparenz sowie die Fähigkeit zu Selbstkritik. Die Schönrederei und Schuldzuweisung an Dritte verbunden mit dem Beklagen einer ungerechten Behandlung Bremens beim Finanzausgleich beeindrucken außerhalb Bremens niemanden. Zur Wahrhaftigkeit gehört auch das Eingeständnis, dass in erheblichem Umfang Geld in fragwürdige Investitionsvorhaben gesteckt wurde anstatt damit Schulden zu reduzieren und die Zinsbelastung nachhaltig zu senken.
4. Die Zukunft eines eigenständigen Bundeslandes Bremen ist nur abzusichern, wenn es gelingt,
  - die Aufgaben des Staates auf seine Kernaufgaben zu begrenzen,
  - mit Niedersachsen in einer Weise zu kooperieren, dass die Landesgrenze keine nennenswerte Bedeutung mehr hat und
  - die Steuerverteilung im Einvernehmen mit dem Bund und den übrigen Ländern so zu verändern, dass ein größerer Teil des erzielten Aufkommens am jeweiligen Entstehungsort verbleibt.

Willy Wedler (FDP)